

binare auf den Weltmärkten aufzubauen. Die S. ist gleichzeitig auf die Sicherung solcher wissenschaftlich-technischen Ergebnisse gerichtet, die nicht dem Patentschutz im Rahmen des herkömmlichen Patentschutzsystems zugänglich sind. Sie durchdringt alle Phasen des sozialistischen Reproduktionsprozesses. Die S. der DDR verfolgt, je nachdem, in welchen Ländern sie wirksam werden soll, unterschiedliche Ziele. Als Mitglied der sozialistischen Staatengemeinschaft der im RGW zusammengeschlossenen Länder verfolgt die DDR in schutzrechtspolitischer Hinsicht im Bereich des RGW gegenüber den sozialistischen Ländern konsequent eine Politik der Gemeinsamkeit, Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung, die auf den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus beruht und der Verwirklichung des Komplexprogramms des RGW dient. Die Grundsätze der S. werden vom Ministerrat der DDR festgelegt. Das zentrale Organ des Ministerrates für die Kontrolle der Durchführung und Ausgestaltung der S. ist das Amt für Erfindungs- und Patentwesen der DDR. —> • *Erfinder- und Patentrecht*, —*■ *Urheberrecht*

schwarze Liste: in kapitalistischen Ländern von der Bourgeoisie - oft in enger Zusammenarbeit mit der Polizei oder Geheimdiensten - zusammengestelltes und geheimgehaltenes Verzeichnis mißliebiger Personen; Mittel des Klassenkampfes gegen die Arbeiterklasse. S. L. mit den Namen klassenbewußter Arbeiter (Gewerkschafter, Sozialdemokraten und vor allem Kommunisten) werden von den Unternehmerverbänden den Un-

ternehmern zur Verfügung gestellt, um die Einstellung dieser Arbeiter zu verhindern oder zu erschweren. Auf diese Weise sollen revolutionäre Arbeiter durch die Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Existenz erpreßt und vom Klassenkampf abgehalten werden. S. L. werden nicht zuletzt bei Aussperrungen benutzt, um zu verhindern, daß ausgesperrte Arbeiter anderweitig Arbeit aufnehmen können.

SEATO —> *Südostasienpakt*

SED —*■ *Sozialistische Einheitspartei Deutschlands*

Sekretariat des Zentralkomitees der SED: vom Zentralkomitee gewähltes Organ zur Leitung der laufenden Parteiarbeit, hauptsächlich zur Organisierung der Kontrolle über die Durchführung der Parteibeschlüsse und zur Auswahl der Kader. Viele Beschlüsse des ZK und seines Politbüros, vor allem zu Fragen der Leitung und Organisierung der Parteiarbeit, werden durch das S. vorbereitet.

Selbstbestimmungsrecht der Völker: Recht aller Völker, frei und ohne Einmischung von außen über ihren politischen Status zu entscheiden und ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu gestalten. Jeder Staat ist verpflichtet, dieses Recht zu achten und seine Durchsetzung zu fördern (Charta der Vereinten Nationen Art. 1 und Deklaration der XXV. Vollversammlung der UNO über die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten). Als politisches Prinzip entstand die Forderung nach nationaler Selbstbestimmung bereits in der Zeit des sich entwickelnden Kapita-